

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna

**Kommunalpolitisches  
Programm für den  
Kreis Unna**

[www.dielinke-kreis-unna.de](http://www.dielinke-kreis-unna.de)



## 1. Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie !

---

DIE LINKE. setzt sich im Kreis Unna für eine soziale, ökologische und solidarische Regionalpolitik ein. Sie wendet sich gegen eine Politik der Verarmung und Spaltung, der Ausgrenzung und Demütigung, wie sie die Situation in den Städten und Gemeinden unseres Landes bestimmt. Sie will dafür wirken, dass die Städte und Gemeinden Lebensorte sind, in denen niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Die soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe für alle, die in der Kommune leben, muss gesichert werden.

Wir werden weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn, für eine armutsfeste Rente, für steuerfinanzierte Kita-Plätze, für die Rekommunalisierung von öffentlichem Eigentum, für soziale Gerechtigkeit, gegen Hartz IV und gegen jede Form von Militäreinsätzen streiten.

Die Partei DIE LINKE steht für einen demokratischen, sozialen, friedlichen aber dennoch radikalen Umbau der Gesellschaft. Wir fordern deshalb nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern insbesondere auch im Bereich der hiesigen Kommunalpolitik.

- Soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle!
- NEIN zu den Hartz-Gesetzen, und - solange diese Gesetze noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen!
- Beteiligung der Bevölkerung durch Bürgerentscheide
- Kommunale Demokratie – für mehr direkte Mitwirkung und Beteiligungshaushalte.
- Wahlrecht für alle, die in der Kommune leben.

## 2. Eine sozial orientierte Regionalpolitik

---

DIE LINKE setzt sich für eine aktive Regionalpolitik ein. Dabei begreifen wir den Wirtschaftsraum östliches Revier, die Ballungsrandzone mit Ausläufern in das Sauer- und Münsterland sowie den Hellweg als einen politischen Handlungsraum, in dem wichtige Fragen des Gemeinwesens behandelt und gelöst werden müssen:

- Wirtschafts- und Strukturpolitik,
- Flächennutzung,
- kommunale Steuern und Abgaben,
- öffentliche Einrichtungen,
- Versorgungs-Einrichtungen des regionalen Bedarfs,

- Verkehrsnetze,
- Energiewirtschaft.
- Umwelt

Regionalpolitik muss selbstverständlich als Aufgabe verstanden werden, die öffentlichen Ausgaben zu rationalisieren, Investitionen zu bündeln und die Versorgung mit Gütern und Einrichtungen des öffentlichen und privaten Bedarfs zu optimieren.

Alle Maßnahmen dürfen nicht einseitig an Unternehmensinteressen ausgerichtet werden, sondern haben sich vorrangig an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen auszurichten.

DIE LINKE. wird weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn, für eine armutsfreie Rente, für steuerfinanzierte Kita-Plätze, für die Rekommunalisierung von öffentlichem Eigentum, für soziale Gerechtigkeit, gegen Hartz IV und gegen jede Form von Militäreinsätzen streiten.

## 3. Wir wollen den sozialen Kreis Unna

---

Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales, politisches Anliegen der Partei Die Linke. Öffentliche Daseinsvorsorge ist unumgänglich. Wir sagen nein zur Privatisierung von kommunalen Betrieben und Verwaltung. Wir treten für Rekommunalisierung und die Rücknahme der Privatisierungen ein.

Die Kommunen sind wichtige Arbeitgeber und Auftraggeber, Beschäftigung und Auftragsvergabe muss soziale und ökologische Standards einhalten

Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik muss sich an den Interessen der Beschäftigten orientieren, wer öffentliche Gelder erhält, muss die Mitsprache der öffentlichen Hand sicherstellen.

- Umwandlung von 1-Euro-Jobs in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, kein Abbau von Stammpersonal zugunsten von 1-Euro Jobs.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen statt 1-Eurojobs.
- Weg mit den Zwangsumzügen.
- Für die Einhaltung von Mindestlöhnen.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die den geforderten Mindestlohn garantieren, vorrangig an kommunale klein- und mittelständische Betriebe und die Förderung klein- und mittelständischer lokaler Unternehmen.
- Zusätzliche Stellen und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst.
- Zeitarbeitsfirmen müssen stärker kontrolliert und Zeitarbeit begrenzt werden.
- Eine monatliche Positivliste über Ausbildungsbetriebe vor Ort ist zu erstellen.

Wir fordern die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und die damit verbundene Gewerbesteuerenkungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt

Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer und der anderen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquellen.

- Überarbeitung der kommunalen Abgaben- und Gebührenordnungen, um Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer weiterentwickeln
- Umverteilung innerhalb des kommunalen Haushaltes
- Verzicht auf teure und repräsentative Prestigeobjekte

Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales, politisches Anliegen der Partei Die Linke. Kommunale, soziale Politik soll folgende Zielsetzungen verfolgen:

- Denjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Chancen und Qualifikationen vermitteln, die in diesem Wirtschaftssystem keine Chancen haben; somit mehr Chancengerechtigkeit.
- Neue Wege öffentlicher Beschäftigung gehen, angesichts einer hohen Sockelarbeitslosigkeit mit einer Vielzahl von Menschen, die nicht in die bekannten Arbeitsabläufe der privaten Wirtschaft integrierbar sind.
- Ein Abgleiten weiterer Bevölkerungsschichten in die Armut ist zu verhindern.
- Ausreichende finanzielle Hilfen für diejenigen bereitstellen, die auf öffentliche Mittel angewiesen sind.

Dies hat zu geschehen durch:

- Hilfe zur Selbsthilfe durch Vorbeugung, Beratung und Unterstützung.
- Integrationshilfen für Behinderte, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende.
- Aufbau von Werkstätten und Dienstleistungszentren mit öffentlichen Mitteln.
- Besondere Förderung von und für Frauen zur beruflichen Eingliederung und den beruflichen Wiedereinstieg.

Ein Sozial- und Kulturticket für alle betroffenen Personkreise das automatisch bei der Bewilligung einer der Leistungen nach Hartz IV, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und der Grundsicherung im Alter ausgestellt wird.

- Weihnachtsbeihilfen
- Sämtliche Kosten für Schulbücher
- Zuschuss für Lehrmittel
- Aufbau, Erhalt und der Ausbau von Beratungsdiensten, wie Arbeitslosenzentren, die Hilfe bei der Überprüfung von Bescheiden gibt sowie Hilfe für Menschen anbietet, die durch die Vielzahl von

Gesetzen und Verordnungen überfordert sind und bei Streitigkeiten zwischen Behörden und Betroffenen vermittelt kann.

Hierzu gehört eine umfassende Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Nur dann können Mittel und Ressourcen sachgerecht eingebracht werden.

## 4. Drogenpolitik

---

Drogensucht ist kein strafrechtliches Problem, sondern therapiebedürftige Krankheit. Wir fordern daher, den Drogenkonsum zu entkriminalisieren und weiche Drogen zu legalisieren, um u. a. der Beschaffungskriminalität und der Prostitution zur Finanzierung der Drogensucht entgegen zu wirken. An die Stelle von Fehlinformationen und Ideologisierung einer restriktiven Drogenpolitik müssen Aufklärung, Information und konkrete Maßnahmen der Prävention und Hilfe treten. Dabei ist die Arbeit der Krisenhilfe mit ihren präventiven Angeboten im Bereich der illegalen Drogen inklusive der Fortführung des Drogenkonsumraumes weiter zu intensivieren.

Als wichtige Maßnahmen sehen wir:

- den Erhalt und bedarfsorientierten Ausbau der bestehenden Beratungs- und Betreuungsstellen,
- die Einrichtung von Drogenschutzräumen,
- die Erweiterung der psychosozialen Dienste,
- die Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch die Gesundheitsämter.

Besondere Maßnahmen der Drogenprävention sollten sinnvolle Freizeitgestaltung in Kinder- und Jugendeinrichtungen und gute Bildung in unseren Schulen sein.

## 5. Menschen mit Behinderungen

---

Die Linke. Kreisverband Unna tritt für ein selbstbestimmtes Leben und für die Gleichstellung aller behinderten Menschen mit Nichtbehinderten ein. Besonders die Kommunen, aber auch das Land und der Bund sind verpflichtet, Voraussetzungen für eine volle und selbstbestimmte Teilhabe aller Behinderten in unserer Gesellschaft zu schaffen.

Zu beseitigen sind

- Hindernisse im Alltag, die es Behinderten schwer machen, am öffentlichen Leben teilzunehmen.
- Administrative Hindernisse, die einer unkomplizierten finanziellen Förderung von Lebensunterhalt und dem Erwerb beruflicher Qualifikation im Wege stehen.

Wir fordern den

- Aus- und Aufbau integrativer Kindergärten und Schulen,
- die barrierefreie Erreichbarkeit öffentlicher Gebäude
- eine Frühförderung sowie die Schaffung behindertengerechter Spielplätze
- die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen sowie entsprechenden Ausbildungsstellen, insbesondere im Öffentlichen Dienst.

Weiterhin dringend notwendig sind Beratungsstellen, die den Hilfesuchenden u.a. kostenlose Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer rechtlichen Ansprüche bieten.

Soweit dabei kommunale und regionale Institutionen einen Beitrag leisten können, werden wir entsprechende Initiativen anregen..

Jede Art der Diskriminierung behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger ist zu beseitigen. Sofern politische und öffentlich-rechtliche Instanzen dafür verantwortlich sind, werden wir diese zum Handeln auffordern.

## 6. Kinder und Jugendliche

---

Kinder und Jugendliche leiden besonders unter der Verarmung wachsender Bevölkerungsschichten. Sie sind Opfer von sozialer Notlage der Eltern und einseitiger Einkommens- und Vermögensumverteilung von unten nach oben. Wir richten unser besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche, die die Zukunft unserer Gesellschaft sind.

Der gesellschaftlich bedenkliche Zusammenhang zwischen Armut in der Kindheit und nachfolgend fehlenden schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Perspektiven muss durch eine intensive Förderung der betroffenen Heranwachsenden beendet werden. Hier setzen wir uns für zwei Wege ein:

- Institutionelle Beratung von Betroffenen,
- finanzielle, zweckgebundene Sonderförderung von Kindern und Jugendlichen über den Sozial- und Jugendetat.

Wir treten ein für ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, für ein Kinderbetreuungsgesetz, das den Namen auch verdient und eine schicht- und problembezogene Förderung von Kindern.

Jugendhilfeplanung muss als umfassende, kommunale Aufgabe verstanden werden, die alle Institutionen, die jugendspezifische Aufgaben zu bewältigen haben, einbezieht. Dazu gehören die Schulen, Fortbildungseinrichtungen, Sozialämter, Polizei, Ordnungsbehörden, Wirtschaftsverbände und Parteien. Im Rahmen

der Jugendhilfeplanung muss es für die Gemeinden selbstverständlich sein, Jugendzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen vorzuhalten oder zu schaffen.

Nur wenn die Ursachen unerwünschter gesellschaftlicher Entwicklungen auf breiter Basis bekämpft werden, können Menschen die Angebote der Gesellschaft zu ihrer persönlichen Verwirklichung annehmen.

## 7. Seniorinnen und Senioren

---

Kommunale Seniorenpolitik hat die Teilhabe älterer Mitmenschen am Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturleben zu ermöglichen. Das ehrenamtliche Engagement, das Wissen, die Erfahrungen und sozialen Kompetenzen älterer Menschen sind als Gewinn für das kommunale Gemeinwesen zu sehen. Bürgerschaftliches Engagement und die Interessenvertretung älterer Menschen sind durch die Einrichtung von Seniorenvertretungen und –beiräte zu fördern.

Auch an dieser Stelle fordert Die Linke mehr Öffentlichkeit und demokratische Kontrolle bei allen Fragen der kommunalen Seniorenpolitik.

Seniorenheime, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser (auch konfessionelle) müssen der Aufsicht und Kontrolle durch parlamentarische Gremien unterstellt werden.

Bei der Mittelvergabe (Investitionszuschüsse) an konfessionelle oder private Einrichtungen ist Öffentlichkeit herzustellen. Mitbestimmung und Kontrolle durch parlamentarische Gremien sind zu gewährleisten.

## 8. Migrantinnen und Migranten

---

Die Weltgeschichte lehrt, dass Migration immer auch besondere Chancen für das Zielland bedeuten. Migranten und Migrantinnen bringen den besonders starken Willen mit sich, eine Existenz aufzubauen und so am Aufbau der Gesellschaft in der neuen Heimat mitzuwirken. Wir wollen ihnen dieses in Deutschland ermöglichen.

Wir setzen uns für ein Bemühen um vollständige Integration von Zuwanderern, Zuwanderinnen und ihren Familien in die Gesellschaft und den Abbau von Diskriminierungen ein. Dazu halten wir die Abschaffung der nur auf Ausgrenzung ausgelegten Vorschriften des Ausländergesetzes für notwendig.

Auf kommunaler Ebene fordern wir insbesondere:

- eine zentrale Eingliederungsberatung,
- einen Ausschuss des Kreistages für die Kontrolle des Ausländeramtes,

- Öffentlichkeit und Rechenschaftspflicht bei allen ordnungs- und ausländeramtlichen Maßnahmen,
- ein kommunales Angebot an Sprach- und Integrationskursen,
- Herausgabe von mehrsprachigen Ratgebern für Integrationsfragen,
- eine Beendigung von Ausweisungsverfahren gegen Familien,
- ein dauerhaftes Bleiberecht (nicht nur „Duldung“) für Familienangehörige, deren Kinder in Deutschland geboren sind,
- ein Verbot der Ausweisung von Kindern und ihrer Familien,
- ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen nach Scheidung,
- sowie ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren.

## 9. Gleichstellung der Geschlechter

---

Die Forderung, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in allen Bereichen für Männer und Frauen gleichermaßen herzustellen, ist noch nicht erreicht worden

Die Tatsache, dass

- Chancen noch immer ungleich verteilt sind,
- Frauen im Beruf und in diesem Arbeitsmarktsystem benachteiligt werden und in der Regel weniger verdienen als Männer,
- noch immer die althergebrachte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau Gültigkeit hat und
- Frauen infolgedessen von Armut im Alter durch ein frauenfeindliches Rentensystem benachteiligt werden und so eher von Altersarmut betroffen sind,
- Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sowie Arbeitsverhältnisse im unteren Lohnsegment überwiegend weiblich sind,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf überwiegend von Frauen geleistet und gefordert wird,
- die entsprechenden unterstützenden und entlastenden Einrichtungen struktureller und finanzieller Art nach wie vor fehlen,

stellt für die Kommunalpolitik eine große Herausforderung dar, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in ihrem Wirkungskreis herzustellen.

Obwohl längst nicht alle Fragen gelöst sind und die häusliche Gewalt sogar tendenziell zunimmt, wurden Beratungsstellen geschlossen! Somit wurden gewachsene Einrichtungen aufgegeben und den Frauen Anlaufstellen genommen.

Die Linke wird sich weiterhin auf kommunaler Ebene für den Bestand und die Finanzierung von bewährten und neuen Einrichtungen zum Schutz von Frauen einsetzen.

Die Politik sollte es sich zur Aufgabe machen, Elternzeit in Betrieben und Verwaltungen zu schaffen oder zu fördern.

Wir regen an, die Kinderbetreuungszeiten den Arbeitszeiten von Eltern anzupassen.

### **Berufliche und finanzielle Emanzipation**

Auf kommunaler Ebene gibt es hinsichtlich beruflicher und finanzieller Emanzipation nur beschränkte Einwirkungsmöglichkeiten.

Die Kommune hat aber sehr wohl die Möglichkeit, durch entsprechende Beratungsleistung Ansprüche auf finanzielle Unterstützungsleistungen durchzusetzen zu helfen.

Auch auf der Beratungsebene kann bei Jugendlichen und Eltern frühzeitig darauf hin gewirkt werden, dass die traditionell einseitige Fixierung von Mädchen auf sogenannte Frauenberufe mit garantiert schlechtem Zukunftseinkommen aufgebrochen wird.

## 10. Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus

---

Die Linke will:

Förderung von pluraler, demokratischer Jugendkultur durch eine Vielzahl geeigneter kommunalpolitischer Aktivitäten. Diese Förderung kann durch Einstellung einer finanziellen Fördermöglichkeit in den Kreisetat, die Übernahme der Schirmherrschaft über lokale, schulische „Aktionstage gegen Rechts“ oder durch die demonstrative Anwesenheit des Landrats oder von Vertretern der politischen Spitze der Kreisverwaltung geschehen.

Sensibilisierung und Qualifizierung von Jugendlichen, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Betreuerinnen und Betreuern mit dem Ziel der Aufklärung über rechtsextremistische Symbolik bzw. Organisationsformen und über rassistisches und rechtsradikales Gedankengut.

Einbeziehung von lokalen antifaschistischen Gruppierungen oder von antifaschistischen Bildungsforen z. B. in die schulische Aufklärung.

Förderung und Unterstützung von Initiativen, Projekten und Maßnahmen, welche antirassistische, Demokratie fördernde und interkulturelle Ziele verfolgen, einschließlich von Projekten zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und der Gedenkstättenarbeit.

## 11. Wohnen ist Menschenrecht

---

Wir treten ein für eine andere Wohnungspolitik. Das Recht auf eine eigene Wohnung ist ein Menschenrecht. Wohnungen für sozial benachteiligte Bürger und Bürgerinnen dürfen nicht dem privaten Profitstreben der Besitzer oder den Auswüchsen des Steuerstaates unterworfen werden. Wohnungen für die schwächsten Glieder dieser Gesellschaft sollten unter einem besonderen öffentlichen Schutz stehen.

Unter dem Abbau wohnungsbaupolitischer Fördermaßnahmen leiden insbesondere Familien. Familien mit nur einem Einkommen sind aufgrund der Auswüchse des Steuerstaates praktisch nicht mehr in der Lage, selbst kostengünstig Wohnraum zu realisieren.

Privater Wohnungsbau ist Alters- und Vermögenssicherung und einer der wenigen Wege für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, erspartes Kapital vor der schleichenden Geldentwertung zu sichern.

So fordern wir:

- Abschaffung der kommunalen Grundsteuer für Empfänger öffentlicher Hilfen und Familien mit Kindern (Kommunaler Sozialpass),
- Mehrwert- und Grunderwerbssteuerfreien Familienwohnungsbau,
- Unter dem verfassungsgerichtlichen Leitsatz, dass Familien unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, machen wir eine klare Absage an den „Steuerstaat“, sich die Einkünfte Hilfsbedürftiger und Familien für staatliche Ausgaben über steuerliche Abgaben beim Bauen zu erschließen.

## 12. Demokratie und öffentliche Sicherheit sind nicht privatisierbar

---

Der „Überwachungsstaat“ ist abzulehnen, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger und Bürgerinnen ist entgegenzukommen.

Wir treffen eine klare Absage an öffentliche Videoüberwachung, den Einsatz privater Wachdienste, die Überwachung von demokratischen Parteien durch den Verfassungsschutz.

Kriminelle Delikte kennzeichnen den sozialen Zustand einer Gemeinde. Daher ist gegen Kriminalität in erster Linie auf der sozialen Ebene präventiv zu wirken. Eine entsprechende kommunale Gemeinwesenarbeit sollte hier Fortschritte erzielen. Andererseits sorgt auch der durch Personalreduktionen verursachte Rückzug von Sozialarbeit und Polizei aus den sozialen Brennpunkten für Unsicherheit bei den Bürgern. Die Kommunen und der Kreis müssen eigenverantwortlich die Defizite in der polizeilichen Arbeit analysieren und

Änderungen anstreben, statt mit Sprachlosigkeit zu reagieren..

## 13. Bildungseinrichtungen sind für Alle da

---

Die Linke fordert eine Schule für alle.

Die Gesamtschule bietet die besten Voraussetzungen für die einkommens- und schichtenunabhängige, individuelle Förderung von Kindern bis zum Abitur.

Um die Gesamtschule endlich zum Erfolgsmodell zu machen, sind zwei wesentliche Voraussetzungen zu schaffen:

1. Die Gesamtschule ist als alleinige Schulform auf kommunaler Ebene zu etablieren;
2. Die Gesamtschule als Ganztagschule ist mit den erforderlichen personellen und sachlichen Mitteln auszustatten, um einen erfolgreichen Unterricht in kleinen Klassen zu gewährleisten.
3. Bei der Mittelausstattung der Gesamtschulen muss endlich auf die gerade dort reflektierten sozialen Verhältnisse (bildungsferne Schichten, Migrations- und Verhaltensprobleme) Bezug genommen werden.

Schulen sind problemorientiert zu fördern:

Schulen mit Schülerinnen und Schülern aus Migrantenfamilien, unsicheren sozialen Verhältnissen und mit Verhaltensauffälligkeiten müssen in der Sach- und Personalausstattung Berücksichtigung finden. Hierzu ist die notwendige personelle Ausstattung mit Sprachtherapeuten, Sprachlehrern und Schulpsychologen sicherzustellen.

Um den Mangel an Fachlehrern und Fachlehrerinnen im technisch-wissenschaftlichen Bereich dauerhaft zu beheben, muss das Land als Träger des Schulwesens Anreize für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und die Entlohnung schaffen. Die vom Land faktisch abgeschafften Sondergehälter (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) gelten als Leistungsanreize für alle Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen wieder gezahlt werden.

Kinderarmut ist in den Schulen gezielt zu begegnen:

- Abhängig vom Elterneinkommen sind Schülerinnen und Schülern die Kosten für Einschulung, Hilfs- und Lernmittel sowie Schulausflüge zu ersetzen.
- Die Schulspeisung ist grundsätzlich kostenlos zu leisten und vom Schulträger zu übernehmen.
- Bildungseinrichtungen des 2. Bildungsweges müssen für alle Bürger, Volkshochschulen für Hilfebedürftige gebührenfrei sein.

Vorschuleinrichtungen müssen kostenlos sein:

- Der Besuch von Kindergärten, Kinderkrippen und –tagesstätten muss grundsätzlich kostenlos sein.
- Die kommunale Förderung dieser Einrichtungen muss problem- und schichtenorientiert erfolgen.

Gebührenfreiheit von Hochschuleinrichtungen:

Der Besuch von Hochschulen und Fachhochschulen muss ohne Studiengebühren möglich sein.

## 14. Umwelt und Energie

---

Verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber der Umwelt und den natürlichen Ressourcen bestimmt deine gute Politik.

Dort, wo kommunale Politik Einfluss auf die natürlichen Lebensbereiche nimmt, ist gegenüber Fauna und Flora eine besondere Rücksichtnahme erforderlich.

Umweltfragen sind bei allen Planungen der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen,

Bei allen baulichen Erschließungsmaßnahmen sind vorrangig Baulücken zu schließen und in den Siedlungsrandzonen bauliche Abrundungen vorzunehmen.

Großflächige Erschließungsmaßnahmen sind immer einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Die Bereitstellung von Flächen für gewerbliche Großverbraucher darf nur noch erfolgen, wenn damit verbindlich qualitativ einwandfreie Arbeitsplätze (keine Leiharbeiter oder unter Tarif Beschäftigte) in angemessener Zahl geschaffen werden.

Private und öffentliche Maßnahmen zur Renaturierung von Landschaften sind zu unterstützen, zu fördern und anzuregen.

In allen Neubaugebieten ist die Energieversorgung weitgehend (nach Wirtschaftlichkeitsprüfung) über öffentlich betriebene regenerative Energieheizkraftwerke sicherzustellen.

Durch Flugbewegungen auf dem Flughafen Dortmund- Wickede werden Umwelt und Menschen in besonderem Maße beeinträchtigt und belästigt. Da dieser Flughafen inmitten historischer Siedlungsstrukturen errichtet wurde, sind die Grenzen der Belastbarkeit mit Lärm und Dreck längst überschritten. Wir treten daher klar für Betriebseinschränkungen und gegen Ausbauplanungen aller Art ein. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Schutzgemeinschaft Fluglärm Dortmund - Kreis Unna e.V..

Die Linke unterstützt alle Initiativen, die sich für die Erhaltung der natürlichen Umwelt einsetzen.

Wir unterstützen die Einführung regenerativer Energieumwandlungssysteme auf kommunaler Ebene.

## 15. Verkehrspolitik

---

Verkehrspolitik ist primär unter den Aspekten Umweltverträglichkeit, Verkehrssicherheit und Ressourcenverbrauch zu beurteilen. Die Vergabe von Haushaltsmitteln in Aus- und Umbaumaßnahmen muß sich an entsprechenden Prioritäten orientieren.

Realistischerweise ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren aufgrund der Haushaltspolitik der etablierten Parteien zu wenige Mittel für den innerörtlichen Verkehrswegebau und die Instandhaltung zur Verfügung stehen werden.

Im Rahmen der regionalen und überregionalen Verkehrspolitik fordern wir:

- Den Ausbau der Schienennetze und die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene,
- Die volle Anbindung der Städte des Kreises an die S-Bahnverbindungen und kommenden Express-S-Bahnverbindungen im Rhein-Ruhr-Raum.
- Die Optimierung der regionalen, öffentlichen Verkehrsverbindungen. Dazu gehören auch Überlegungen, im Zuge des Autobahnausbau es Busschnellverbindungen zwischen Siedlungsschwerpunkten zu realisieren. In Zeiten starker Verkehrsbelastung sollten Sonderfahrspuren für den privilegierten Personenverkehr (Taxen, ÖPNV, Schnellbusse, PKW's mit mehreren Personen) elektronisch frei geschaltet werden.
- Neueinrichtung und Planung von Verkehrsverbindungen im Rahmen regionaler Jugendpolitik,
- Den weiteren Ausbau von Fußgänger- und Radfahrwegen innerhalb der Gemeinden und zwischen den Gemeinden.

Verzicht auf weitere Investitionen in den Flughafen Dortmund, der für die Bürger des Kreises eine Quelle unzumutbarer Lärmemissionen darstellt, und durch Subventionierung volkswirtschaftliche Ressourcen verschlingt.

Die Bedürfnisse von Frauen, Familien, Jugendlichen, Senioren und Hilfeempfängern hinsichtlich sicherer und kostengünstiger Verkehrsverbindungen sind besonders zu berücksichtigen.



## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag



**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna